



Stadtrat

öffentliche Niederschrift

der 21. Sitzung des Stadtrats in der 17. Wahlperiode am Montag, 25.09.2023, 18:11 Uhr bis 20:23 Uhr in der Aula Freiherr-vom-Stein-Schule

Anwesend sind:

Schulze, Bondina

Bürgermeisterin

CDU-Fraktion

Büscher, Wolfgang

1. Stellv. Bürgermeister

Gemein, Gabriele

Ratsmitglied

Dr. Heider, Markus

Ratsmitglied

Dr. Henseler, Reinhold

Ratsmitglied

Jahn, Christoph

Ratsmitglied

Kuhnen, Heike

Ratsmitglied

Louzao de La Cruz, Miguel

Ratsmitglied

Scheuermeyer, Robert

Ratsmitglied

Dr. Schiffbauer, Daniel

Ratsmitglied

ab 18:23 Uhr

Schönberger, Marc

Ratsmitglied

Steinbach, Jürgen

Ratsmitglied

bis 20:17 Uhr / TOP 26

Wasser, Birgitta

Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schumacher, Hardy

2. Stellv. Bürgermeister

Dr. Hünseler, Christoph

Ratsmitglied

Labitzke, Ronald

Ratsmitglied

Mathei, Peter

Ratsmitglied

Mohr, Stephan

Ratsmitglied

Dr. Plagge, Markus

Ratsmitglied

Rehme, Doris

Ratsmitglied

Dr. Scharkus, Sibylle

Ratsmitglied

Schneid, Lothar

Ratsmitglied

Weiß, Friedo

Ratsmitglied

Wittkop, Peter

Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Bachmann, Jürgen

Ratsmitglied

bis 19:50 Uhr / TOP 23

Gardemeier, Wolfgang

Ratsmitglied

Heuchert, Julia Aline

Ratsmitglied

Kupich, Gerhard

Ratsmitglied

Nebel, Lukas

Ratsmitglied

Wittfeld, Bastian

Ratsmitglied

Zinke, Petra

Ratsmitglied

Fraktion ForsPark

Bautz, Uwe

Ratsmitglied

Steinbach, Bernd

Ratsmitglied

Steinbach, Yannick

Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Gopp, Sebastian	3. Stellv. Bürgermeister
Büscher, Andrea	Ratsmitglied bis 20:18 Uhr / TOP 26
Höhne, Tom	Ratsmitglied
Pregler, Erik	Ratsmitglied

AfD-Fraktion

Feller, Jörg	Ratsmitglied
Venedey, Jörg	Ratsmitglied

Fraktion Zusammen Leben Rösrath

Dick, Cordula	Ratsmitglied
Lambrecht, Mitch	Ratsmitglied

Fraktion DIE LINKE.

Albert-von der Ohe, Frank D.	Ratsmitglied bis 20:12 Uhr / TOP 26
von der Ohe, Alexandra	Ratsmitglied

Ohne Fraktion

Mau, Dirk	Ratsmitglied
-----------	--------------

Von der Verwaltung waren anwesend:

Adamczak, Sebastian	Fachbereichsleiter
Günzel, Elke	Gleichstellung
Happ, Carsten	Leiter der örtlichen Rechnungsprüfung
Herrmann, Christoph	Dezernent
Ley, Sabine	Fachbereichsleiterin
Lüttgen, Daniela	Sachbearbeiterin
Pankau, Jessica	Schriftführung
Pokolm, Christoph	Fachbereichsleiter
Welsch, Christian	Kämmerer
Van Neuß	Sachbearbeiter
Zieren, Yvonne	Leitung Jugendamt

Gäste:**Vertreter der Presse als Gast im öffentlichen Teil:**

Dr. Rausch, Thomas	Vertreter der Zeitungsgruppe Köln
--------------------	-----------------------------------

Entschuldigt fehlten:

Glaap, Melanie	Ratsmitglied
Müller, Achim	Ratsmitglied
Nielen, Leonard	Ratsmitglied
Rilke-Haerst, Veronika	Ratsmitglied
Sterzenbach, Manfred	Ratsmitglied
Thorwart, Wolf-Dieter	Ratsmitglied

Tagesordnung

TOP	Öffentlicher Teil	Nummer
1.	Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 07.08.2023	
2.	Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse	
3.	Einwohnerfragen	
4.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
5.	Berichte aus den Gremien	
6.	Bericht aus der Fluglärmkommission	
7.	Grundsätzliche Genehmigung zur Inanspruchnahme einer Arbeitnehmerüberlassung im Bereich der Kindertagesstätten	540/2023
8.	Stellenplan 2023 2. Nachtrag	460/2023-2
9.	Vorbereitung der Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle	535/2023
10.	Geplanter wiederholter Ausbau der Kirchstraße in Kleineichen von der Straße „Alte Kölner Straße“ einschließlich der Kreuzung der Straße „Im Weißenbroich“ - Anregungen der Anlieger -	524/2023
11.	Wiederholter Ausbau der Kirchstraße in Kleineichen gemäß § 8 Kommunales Abgabengesetz NRW - Bauprogramm -	523/2023
12.	Auflösung des Berufsschulverbandes (BSV) und Übernahme der Trägerschaft für die Berufskollegs am Standort Bergisch Gladbach durch den Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK)	526/2023
13.	Überplanmäßige Aufwendungen FB 6 für das Jahr 2022	533/2023
14.	Jahresabschluss 2021 - Zuleitung des Entwurfs gem. § 95 Abs. 5 GO NRW	550/2023
14.1	Befreiung von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts	554/2023
15.	Absturzsicherung Attika Schulhoffläche Gebäudeteil G4	544/2023
16.	Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in der Tagespflege	552/2023
16.1	Antrag auf Kostenbeteiligung an dem Neubau der Kindertagesstätte in Forsbach durch die Katholische Kirchengemeinde St. Nikolaus	553/2023
17.	Vorstellung der Stabsstelle "Klimaschutz, Nachhaltigkeit"	
18.	Konzeption einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie in Zusammenarbeit mit der LAG 21	536/2023
19.	Nachhaltige Beschaffung - Rösrath wird „Fairtrade Stadt“	538/2023
20.	Aktuelle Windenergiepotenziale in Rösrath	509/2023
21.	Einrichtung eines Energiemanagements für kommunale Gebäude	507/2023
22.	Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark Hier: Flächen für Jugendliche	549/2023

- | | | |
|-----|--|----------|
| 23. | Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark
Hier: Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Rösrath | 541/2023 |
| 24. | Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark
Hier: Abberufung von Herrn Friedo Weiß als Vertreter der Stadt Rösrath aus der Fluglärmkommission | 548/2023 |
| 25. | Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark
Hier: Ruhestörung Kirchweg | 539/2023 |
| 26. | Beantwortung von Anfragen | |
| 27. | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |

Sitzungsverlauf

Nach Eröffnung der Sitzung und vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Bürgermeisterin Bondina Schulze fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen und die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Ratsmitglieder anwesend ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Tagesordnung einstimmig erweitert und vor TOP 15 der TOP 14.1 „Befreiung von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts“, Drucks.-Nr. 554/2023 auf Grund besonderer Dringlichkeit gemäß § 48 Abs. 1 GO NRW und vor TOP 31 der TOP 30.1 „Versetzung eines Beamten in den Ruhestand“, vertagt aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 18.09.2023, Drucks.-Nr. 537/2023, eingefügt.

Weiterhin wird der TOP 32 „Antrag auf Kostenbeteiligung an dem Neubau der Kindertagesstätte in Forsbach durch die katholische Kirchengemeinde St. Nikolaus“, Drucks.-Nr. 553/2023, aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil als TOP 16.1 eingefügt.

Die Tagesordnungspunkte 21 „Einrichtung eines Energiemanagements für kommunale Gebäude“, Drucks.-Nr. 507/2023, TOP 25 „Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark, hier: Ruhestörung Kirchweg“, Drucks.-Nr. 539/2023 und TOP 31 „Abschluss eines Mietvertrages“, Drucks.-Nr. 547/2023 werden von der Tagesordnung einstimmig abgesetzt.

Zudem wurde die Absetzung des Tagesordnungspunkts 24 „Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark, hier: Abwahl von Herrn Weiß aus Fluglärmkommission“ durch Ratsmitglied Dr. Plagge für die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN beantragt.

Die Sitzung wurde von 18:18 Uhr bis 18:22 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung wird die Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung durchgeführt und einstimmig beschlossen. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird zurückgewiesen, da gemäß § 48 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) fristgerechte Vorschläge zur Tagesordnung aufzunehmen sind, die durch ein Fünftel der Ratsmitglieder oder eine Fraktion vorgelegt werden. Solche Vorschläge können nicht als ungerechtfertigt oder unbegründet zurückgewiesen werden, vielmehr muss die antragsstellende Fraktion die Gelegenheit erhalten, den Beratungsgegenstand zu erläutern.

Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 07.08.2023**

Der Stadtrat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis; Einwendungen werden nicht erhoben.

2. **Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse**

TOP 8 Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark zur Wahl eines allgemeinen Vertreters der Bürgermeisterin Drucks.-Nr. 512/2023

Gemäß Beschluss wurde verfahren.

TOP 8.1 Beanstandung Wahl stellvertretende Bürgermeister vom 19.06.2023
521/2023

Gemäß Beschluss wurde verfahren. Der Beschluss vom 19.06.2023 wurde aufgehoben. Die Neuwahl hat in der Sitzung am 07.08.2023 ordnungsgemäß stattgefunden.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

3. Einwohnerfragen

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Auf Vorschlag der **CDU-Fraktion** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:

Unter Abberufung des Ratsmitglieds Dr. Daniel Schiffbauer wird Ratsmitglied Heike Kuhnen für die CDU-Fraktion als Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss gewählt. Das Einverständnis von Herrn Dr. Schiffbauer zur Abberufung liegt vor.

Ratsmitglied Dr. Judith Dorff hat das Ratsmandat mit Wirkung zum 31.08.2023 niedergelegt. Auf Vorschlag der **CDU-Fraktion** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Dr. Judith Dorff wird nachgerücktes Ratsmitglied Wolf-Dieter Thorwart als Mitglied in den Zukunftsausschuss und als Mitglied in den Schulbauausschuss gewählt.

Weiterhin behält Wolf-Dieter Thorwart seine Funktion als stellvertretendes Ausschussmitglied im Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt, im Ausschuss für Bau, Landschaft und Vergabe und im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren und nimmt diese nun als Ratsmitglied und nicht mehr als sachkundiger Bürger wahr.

Beschlussvorschlag:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Dr. Judith Dorff wird Ratsmitglied Dr. Daniel Schiffbauer als stellvertretender Vorsitzender in den Zukunftsausschuss gewählt.

Beschlussvorschlag:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Dr. Judith Dorff wird Ratsmitglied Wolfgang Büscher als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Beschlussvorschlag:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Dr. Judith Dorff wird sachkundiger Bürger Tobias Pfeffer als Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung gewählt.

Beschlussvorschlag:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Dr. Judith Dorff wird Ratsmitglied Christoph Jahn als Mitglied in den Verwaltungsrat der StadtWerke Rösrath AöR gewählt.

Auf Vorschlag der **SPD-Fraktion** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Unter Abberufung des Ratsmitglieds Bastian Wittfeld wird Ratsmitglied Jürgen Bachmann für die SPD-Fraktion als Mitglied in den Ausschuss für Bau, Landschaft und Vergabe gewählt. Das Einverständnis von Herrn Wittfeld zur Abberufung liegt vor. Ratsmitglied Bastian Wittfeld verbleibt als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bau, Landschaft und Vergabe. Die Reihenfolge der Stellvertretung bleibt unverändert.

Unter Abberufung des Ratsmitglieds Bastian Wittfeld wird sachkundige Bürgerin Lydia Schirmann für die SPD-Fraktion als Mitglied in den Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt gewählt. Das Einverständnis von Herrn Wittfeld zur Abberufung liegt vor. Ratsmitglied Bastian Wittfeld verbleibt als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt. Die Reihenfolge der Stellvertretung bleibt unverändert.

Unter Abberufung des Ratsmitglieds Jürgen Bachmann wird Ratsmitglied Bastian Wittfeld für die SPD-Fraktion als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt. Das Einverständnis von Herrn Bachmann zur Abberufung liegt vor. Ratsmitglied Jürgen Bachmann verbleibt als stellvertretendes Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss. Die Reihenfolge der Stellvertretung bleibt unverändert.

Das Ratsmitglied Julia Heuchert wird als erstes stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung gewählt. Die Reihenfolge der stellvertretenden Mitglieder ändert sich dadurch wie folgt:

Heuchert, Julia (RM)

Danach alle übrigen Ratsmitglieder der SPD-Fraktion in alphabetischer Reihenfolge.

Danach
Schmitz, Matthias (sakuBü)
Durdu, Tülay (sakuBü)
Wilbertz, Peter (sakuBü)

Herr Brian Wonner-Müschornborn ist außerhalb des Stadtgebiets verzogen und damit als sachkundiger Bürger ausgeschieden. Auf Vorschlag der **Fraktion Zusammen Leben Rösrath e.V.** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:

Anstelle des sachkundigen Bürgers Brian Wonner-Müschornborn wird sachkundiger Bürger Marcel Peters für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath e.V. als persönlicher Stellvertreter von Ratsmitglied Cordula Dick als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Rösrath gewählt.

Beschlussvorschlag:

Anstelle des sachkundigen Bürgers Brian Wonner-Müschornborn wird sachkundige Bürgerin Gabriele Reicherts für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath e.V. als Mitglied der Gesellschafterversammlung der Schloss Eulenbroich GmbH gewählt.

Beschlussvorschlag:

Anstelle des sachkundigen Bürgers Brian Wonner-Müschorn wird sachkundiger Bürger Daniel Jaeckel für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath e.V. als Vertreter im Gemeindegemeinderat und der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW gewählt.

Auf Vorschlag der **Fraktion Zusammen Leben Rösrath e.V.** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:

Die sachkundige Bürgerin Michaela Knapp wird als weiteres stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath in folgende Ausschüsse gewählt

Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung- und Verkehr
Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung
Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt
Ausschuss für Bau, Landschaft und Vergabe
Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
Rechnungsprüfungsausschuss
Schulbauausschuss
Zukunftsausschuss

Sie tritt in der Vertretungsreihenfolge an letzter Stelle.

Beschlussvorschlag:

Die sachkundige Bürgerin Andrea Jaeckel wird als weiteres stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath in folgende Ausschüsse gewählt

Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung
Schulbauausschuss

Sie tritt in der Vertretungsreihenfolge an letzter Stelle.

Auf Vorschlag der **Verwaltung** haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschlussvorschlag:

Fachbereichsleiter 6 – Herr Sebastian Adamczak wird als persönlicher Stellvertreter von Bürgermeisterin Bondina Schulze in die Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaften Rösrath 1, 2 und 3 berufen.

Beschlussvorschlag:

Fachbereichsleiter 6 – Herr Sebastian Adamczak wird als persönlicher Stellvertreter von Bürgermeisterin Bondina Schulze in die Mitgliederversammlung der Forstbetriebsgemeinschaft Rösrath berufen.

Beschlussvorschlag:

Fachbereichsleiter 6 – Herr Sebastian Adamczak wird als persönlicher Stellvertreter von Bürgermeisterin Bondina Schulze in die Mitgliederversammlung der Fischereigenossenschaft Sülz berufen.

Beschluss

Bürgermeisterin Bondina Schulze hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)

5. Berichte aus den Gremien

Es liegen keine Berichte vor.

6. Bericht aus der Fluglärmkommission

Es liegt kein Bericht vor.

7. Grundsätzliche Genehmigung zur Inanspruchnahme einer Arbeitnehmerüberlassung im Bereich der Kindertagesstätten

540/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rösrath ermächtigt die Verwaltung bei Bedarf zwei Fachkräfte im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung für die städtischen Kitas einzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung(en)

8. Stellenplan 2023 2. Nachtrag

460/2023-2

Beschluss:

Der Rat beschließt den 2. Nachtrag zum Stellenplan 2023 in der von der Verwaltung vorgelegten Entwurfsfassung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

9. Vorbereitung der Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle

535/2023

Bezugnehmend auf diese Drucks.-Nr. wurde seitens der Fraktionen FDP, ForsPark, DIE LINKE und SPD ein Änderungsantrag, eingegangen am 13.09.2023, gestellt. Bürgermeisterin Bondina Schulze gibt den Antragsstellern die Möglichkeit der Erläuterung des Antrags.

Ratsmitglied Yannick Steinbach erläutert den gestellten Änderungsantrag und begründet ihn weitergehend damit, dass gemäß der Gemeindeordnung die Qualifikation des gehobenen Dienstes für einen solchen Posten ausreicht, so dass der Bewerberkreis nicht weiter eingeschränkt werden sollte.

Ratsmitglied Dr. Markus Plagge ergänzt, dass die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN diesem Antrag zustimmen wird und eine niedrigere Qualifikation auf dieser Position durch Berufserfahrung ausgeglichen werden kann.

Der abgeänderte Beschlussvorschlag wird wie folgt zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Schritte einzuleiten, um bei Stellenvakanz eine Ausschreibung unter Rückgriff auf ein externes Beratungsunternehmen durchzuführen. Das Anforderungsprofil wird auch für Bewerber der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt geöffnet.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

- 10. Geplanter wiederholter Ausbau der Kirchstraße in Kleineichen von der Straße „Alte Kölner Straße“ einschließlich der Kreuzung der Straße „Im Weißenbroich“ - Anregungen der Anlieger - 524/2023**

Die Bürgermeisterin erläutert, dass anders als in der Beratungsfolge der Beschlussvorlage ausgeführt, auch eine Beschlussfassung durch den Stadtrat erforderlich ist.

Beschluss:

Der Rat stimmt der von der Verwaltung erarbeiteten Auswertung zu den von den Grundstückseigentümern zur geplanten Straßenbaumaßnahme „Kirchstraße“ in Rösrath-Kleineichen vorgetragenen Anregungen und Vorstellungen zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

- 11. Wiederholter Ausbau der Kirchstraße in Kleineichen gemäß § 8 Kommunales Abgabengesetz NRW - Bauprogramm - 523/2023**

Die Bürgermeisterin erläutert, dass anders als in der Beratungsfolge der Beschlussvorlage ausgeführt, auch eine Beschlussfassung durch den Stadtrat erforderlich ist.

Beschluss:

Der Rat beschließt für den Ausbau der Kirchstraße in Kleineichen von der Straße „Alte Kölner Straße“ einschließlich der Kreuzung der Straße „Im Weißenbroich“ - zuzüglich der erforderlichen Anbindungen an das hiervon abgehende Straßennetz - folgendes Bauprogramm:

- a) wiederholter Ausbau der Fahrbahn,
- b) wiederholter Ausbau und Verlängerung des Gehwegs bis einschließlich der Kreuzung der Straße „Im Weißenbroich“,
- c) Herstellung einer Parkplatzfläche zwischen den Kreuzungen der Straßen Kirchstraße/Eiserweg und Kirchstraße/Im Weißenbroich,
- d) Straßenoberflächenentwässerung (Bau von Entwässerungsrinnen, Verlegung von Straßeneinläufen mit Anschluss an die bestehende Kanalisation),
- e) Straßenbeleuchtungseinrichtung (betriebsfertig).

Rechtsgrundlage für die Refinanzierung dieser Ausbaumaßnahme ist § 8 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) in Verbindung mit der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Rösrath.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

12. **Auflösung des Berufsschulverbandes (BSV) und Übernahme der Trägerschaft für die Berufskollegs am Standort Bergisch Gladbach durch den Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK)** **526/2023**

Beschluss:

Der Rat nimmt **zustimmend zur Kenntnis**

1. die in der Vorlage sowie der anliegenden Vorlage des RBK für den Kreistag und deren Anlage A erläuterten **Ergebnisse des gemeinsamen Prozesses** zwischen dem BSV, den ihn tragenden fünf Städten und Gemeinden sowie dem Rheinisch-Bergischen Kreis,
2. die für die Übernahme der Trägerschaft durch den Rheinisch-Bergischen Kreis **definierten Rahmenbedingungen**,
3. den **Übergang der Trägerschaft für die beiden Berufskollegs** in Bergisch Gladbach vom BSV auf den Rheinisch-Bergischen Kreis in direkter Rechtsnachfolge entsprechend § 78 Abs. 2 SchulG NRW unter den in der Vorlage definierten Rahmenbedingungen in abgestimmter Planung zum 01.01.2024 - vorbehaltlich der Selbstauflösung des BSV und aller positiv verlaufenden einhergehender Maßnahmen und Beschlüsse.

Der **Rat beschliesst:**

1. Im Prozess der gemeinsamen Abstimmung zwischen dem Berufsschulverband (BSV), den ihn tragenden fünf Städten und Gemeinden (Bergisch Gladbach | Rösrath | Overath | Odenthal | Kürten) sowie dem Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK) stimmt der Rat der Stadt Rösrath dem formalen Beschluss der BSV-Verbandsversammlung zur Auflösung des BSV – ggf. vorbehaltlich deren anstehender Beschlussfassung am 4.9.2023 - unter der korrespondierenden Übernahme der Trägerschaft für die beiden hiesigen Berufskollegs durch den Rheinisch-Bergischen Kreis zu.
2. Die gewählten und bestellten Mitglieder der Stadt Rösrath in der BSV-Verbandsversammlung bleiben angewiesen, bei Bedarf zu gegebener Zeit die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Übernahme erforderlichen Arbeitsfelder und notwendigen Maßnahmen abschließend aufzuarbeiten, interkommunal abzustimmen, die benötigten Genehmigungen und notwendig werdenden Beschlüsse der zu beteiligenden Stellen und Gremien einzuholen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

13. Überplanmäßige Aufwendungen FB 6 für das Jahr 2022 533/2023

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

14. Jahresabschluss 2021 - Zuleitung des Entwurfs gem. § 95 Abs. 5 GO NRW 550/2023

Beschluss:

Der Rat nimmt den vorliegenden Entwurf des Jahresabschlusses 2021 – mit der als zur Niederschrift beigefügten Anlage I zur Änderung der Seite 226 des Entwurfs – zur Kenntnis und verweist diesen zur Beratung in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

14.1 Befreiung von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts 554/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß §116a Absatz 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrheinwestfalen (GO NRW) die Feststellung, dass die Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses vorliegen. Ein Gesamtabschluss für das Jahr 2022 wird nicht erstellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

15. Absturzsicherung Attika Schulhoffläche Gebäudeteil G4 544/2023

Bürgermeisterin Bondina Schulze erläutert, dass dieser Tagesordnungspunkt aus der Sitzung des Schulbauausschusses in die Sitzung des Stadtrats vertagt wurde.

Die Ratsmitglieder sprechen sich aus Kostengründen für eine Lösung 2 / Variante B aus. Es wird dargelegt, dass die Eltern hierzu im Schulbauausschuss befragt wurden und diese sich für die Lösung aus Glas ausgesprochen hätten. Die Folgekosten wären jedoch nicht abschätzbar, da auch die Gefahr von Vandalismus höher sei. Auf Nachfrage erläutert Dezernent Christoph Herrmann, dass die Befestigung nicht an der Attika erfolgt, sondern an der Wandung, so dass bei beiden Ausführungen kein Absatz entsteht, der ggf. dazu verleitet, an der Absturzsicherung emporkletteren.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Errichtung einer zusätzlichen Absturzsicherung für die Schulhoffläche auf der Attika des Gebäudeteils G4 gemäß Variante B mit einer Befestigung seitlich an der Wandung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung(en)

16. Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in der Tagespflege

552/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Änderung der Satzung der Stadt Rösrath über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

16.1 Antrag auf Kostenbeteiligung an dem Neubau der Kindertagesstätte in Forsbach durch die Katholische Kirchengemeinde St. Nikolaus

553/2023

Die Bürgermeisterin erläutert, dass dieser TOP ursprünglich im nichtöffentlichen Teil beraten werden sollte. Die Kommunalaufsicht hat jedoch dazu geraten, die Beratung im öffentlichen Teil durchzuführen, um eine Nichtigkeit des Beschlusses zu verhindern. Die katholische Kirchengemeinde hat der Beratung im öffentlichen Teil zugestimmt.

Die finanzielle Unterstützung der Kirchengemeinde für den Neubau einer Kita wird kontrovers diskutiert und führt zu einer mehrheitlichen Aussprache für die Kostenbeteiligung.

Die Vereinbarungen zwischen der Stadtverwaltung und der Kirchengemeinde sollen schriftlich fixiert werden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Falle einer positiven Entscheidung des Erzbistums Köln, den Neubau einer viergruppigen Kindertagesstätte in Forsbach mit einem einmaligen, nicht rückzahlbaren Investitionszuschuss in Höhe von Euro 2.000.000,00 (in Worten: Euro zwei Millionen) zu unterstützen. Die Indexierung des Investitionszuschusses zur Abfederung der nach wie vor gegebenen Preissteigerungen sind im Rahmen der rechtsverbindlichen Gewährung des Investitionskostenzuschusses noch festzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für die Aufstellung der Container als Ersatzunterbringung der vier Kindertagesgruppen in Höhe von geschätzten 1.059.700,00 Euro zu tragen. Die Kostenhöhe ist von den noch einzuholenden Angeboten abhängig. Folgende Kosten sind in der Schätzung enthalten:
 - die Mietkosten für die von der Stadt Rösrath anzumietenden Container,
 - der Herrichtung des Grundstücks für die Aufstellung der Container und die Herstellung der Außenanlagen,
 - den Anschluss an die Versorgungsleitungen,
 - die Planungskosten des Architekten und der einzubindenden Fachplaner,
 - die Kosten für die Herrichtung des Grundstücks nach Abbau der Container inkl. Rückbau der Versorgungsanschlüsse.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für den Umzug der beiden Kindertagesstätten in die Container und später in den Neubau zu übernehmen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, den städtischen Spielplatz in Forsbach für die Interims-Kindertagesstätte zur Verfügung zu stellen, für den Bedarf herzurichten, zu pflegen und für die Sicherheitsanforderungen und Instandhaltungen der Geräte zu sorgen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

17. Vorstellung der Stabsstelle "Klimaschutz, Nachhaltigkeit"

Sachbearbeiter Aaron van Neuß stellt die Stabsstelle Klimaschutz und Nachhaltigkeit vor und erläutert die Tätigkeiten auf der Grundlage der Stellenausschreibung.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

18. Konzeption einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie in Zusammenarbeit mit der LAG 21 536/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt:

1. Die Beauftragung und gemeinsame Erarbeitung sowie Implementierung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie in Zusammenarbeit mit der LAG 21 unter Voraussetzung einer geförderten Projektzusage des Programms „Prozesskette Nachhaltigkeit NRW“.
2. Eine kontinuierliche Anpassung und Fortschreibung der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie über den Förderzeitraum des Projektes „Prozesskette Nachhaltigkeitsstrategie NRW“ hinaus.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

19. Nachhaltige Beschaffung - Rösrath wird „Fairtrade Stadt“ 538/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt:

1. An der Kampagne Fairtrade-Towns teilzunehmen und die Auszeichnung als Fairtrade-Town anzustreben. Hierzu sollen die fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne erfüllt werden.
2. Im Büro der Bürgermeisterin wird Fairtrade Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel ausgeschenkt. Des Weiteren sind alle ausgeschenkten Produkte bei Sitzungen des Rates und der Ausschüsse abgesehen von Wasser ebenfalls Fairtrade.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

20. Aktuelle Windenergiepotenziale in Rösrath 509/2023

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

21. Einrichtung eines Energiemanagements für kommunale Gebäude 507/2023

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Beschluss:

Kein Beschluss gefasst.

Beratungsergebnis: Abgesetzt

**22. Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark 549/2023
Hier: Flächen für Jugendliche**

Ratsmitglied Yannick Steinbach erläutert den Antrag.

Ratsmitglied Stephan Mohr beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunkts in die Fachausschüsse (Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung und Jugendhilfeausschuss).

Ratsmitglied Dr. Markus Heider weist auf bisher beschlossene, jedoch unbearbeitete Anträge wie bspw. eines Skateparks hin und mahnt die Abwicklung solcher Beschlüsse an.

Beschluss:

Vertagt in den Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung und den Jugendhilfeausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**23. Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark 541/2023
Hier: Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Rösrath**

Ratsmitglied Yannick Steinbach erläutert den Antrag. Dieser wird kontrovers diskutiert.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung wird dahingehend ergänzt, dass schriftliche Anfragen nach § 17 der GO des Rates der Stadt Rösrath eine eigene Drucksache erhalten und in die Tagesordnung mit aufgenommen werden, sofern sie rechtzeitig eingereicht wurden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

**24. Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark 548/2023
Hier: Abberufung von Herrn Friedo Weiß als Vertreter der Stadt Rösrath aus der Fluglärmkommission**

Ratsmitglied Yannick Steinbach erläutert den Antrag. Dieser wird kontrovers diskutiert. Im Anschluss an die Diskussion zieht Ratsmitglied Yannick Steinbach den Antrag zurück.

Beschluss:

Kein Beschluss gefasst.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

**25. Fraktionsantrag der Fraktion ForsPark
Hier: Ruhestörung Kirchweg**

539/2023

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Beschluss:

Kein Beschluss gefasst.

Beratungsergebnis: Abgesetzt

26. Beantwortung von Anfragen

Die Bürgermeisterin Bondina Schulze verliest die Anfragen der Fraktion ForsPark und von Ratsmitglied Achim Müller. Die Anfragen und Antworten sind der Niederschrift als Anlage II und III beigefügt.

Ratsmitglied Kupich verliest eine weitere Anfrage zum Sachstand der „Kleinen offenen Türe“. Auch diese wird der Niederschrift mitsamt der Antwort als Anlage IV beigefügt.

27. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin Bondina Schulze teilt mit, dass die Ratssitzung am 30.10.2023 zur Einbringung des Haushalts entfällt, da die Aufstellung des Haushalts noch andauern wird.

Weiterhin gibt sie eine Übersicht über die Unterbringung geflüchteter Menschen im Stadtgebiet: Zurzeit sind 545 Personen untergebracht, davon 287 Personen in städtischen Gebäuden, 211 Personen in angemietetem Wohnraum, 47 Personen in Hotels. Insgesamt wurden 35 Häuser und 16 Wohnungen angemietet, wovon zwei bis zum 31.12.2023 entfallen werden.

Zudem wurden zur weiteren Unterbringung Zelte am Schulzentrum Freiherr-vom-Stein aufgebaut, um eine Unterbringung in Turnhallen und damit einer Sperrung dieser für den Sportbetrieb zu vermeiden.

Ende der Sitzung: 20:23 Uhr

Rösrath, 09.10.2023

Der öffentliche Teil der Niederschrift stimmt mit dem Original überein.

gez. Vorsitz / gez. Schriftführung

Stadt Rösrath - Jahresabschluss 2021

4.12 Anlagenspiegel

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellkosten					Abschreibungen					Buchwert	
	Stand am 01.01. des Haushaltsjahres	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Vorjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Änderungen durch Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		+	-	+ / -			-	+	+ / -	-		
1 Immaterielle Vermögensgegenstände	436.838,65	70.069,79			506.908,44	-388.425,13	-13.464,69			-401.889,82	105.018,62	48.413,52
2 Sachanlagen	203.549.933,93	11.005.516,00	-299.762,68		214.255.687,25	-45.167.926,16	-3.789.030,67		75.883,42	-48.881.073,41	165.374.613,84	158.382.007,77
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9.881.535,47	52.722,00	-3.054,55		9.931.202,92	-56.052,55	-10.216,80			-66.269,35	9.864.933,57	9.825.482,92
2.1.1 Grünflächen	6.008.194,90	4.350,00	-3.020,05		6.009.524,85	-56.052,55	-10.216,80			-66.269,35	5.943.255,50	5.952.142,35
2.1.2 Ackerland	162.588,60				162.588,60						162.588,60	162.588,60
2.1.3 Wald, Forsten	1.020.245,77	48.372,00	-34,50		1.068.583,27						1.068.583,27	1.020.245,77
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	2.690.506,20				2.690.506,20						2.690.506,20	2.690.506,20
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	82.122.989,23	39.581,48	-175.235,29		81.987.335,42	-18.286.964,65	-1.528.249,76			-19.815.214,41	62.172.121,01	63.836.024,58
2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	2.793.275,64				2.793.275,64	-546.907,89	-45.561,99			-592.469,88	2.200.805,76	2.246.367,75
2.2.2 Schulen	48.754.098,87				48.754.098,87	-13.281.344,97	-1.029.297,10			-14.310.642,07	34.443.456,80	35.472.753,90
2.2.3 Wohnbauten	4.741.060,63				4.741.060,63	-549.325,39	-64.790,23			-614.115,62	4.126.945,01	4.191.735,24
2.2.4 sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	25.834.554,09	39.581,48	-175.235,29		25.698.900,28	-3.909.386,40	-388.600,44			-4.297.986,84	21.400.913,44	21.925.167,69
2.3 Infrastrukturvermögen	83.702.924,27	1.145.870,40	-27.052,62	346.716,62	85.168.458,67	-20.387.931,81	-1.587.986,54		8.141,65	-21.967.776,70	63.200.681,97	63.314.992,46
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	14.841.525,87	46.307,54	-3.687,12		14.884.146,29						14.884.146,29	14.841.525,87
2.3.2 Brücken und Tunnel	3.819.001,85				3.819.001,85	-965.264,99	-72.133,67			-1.037.398,66	2.781.603,19	2.853.736,86
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheit												
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen												
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkung	64.854.157,02	1.099.562,86	-23.365,50	346.716,62	66.277.071,00	-19.364.671,94	-1.507.774,51		8.141,65	-20.864.304,80	45.412.766,20	45.489.485,08
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	188.239,53				188.239,53	-57.994,88	-8.078,36			-66.073,24	122.166,29	130.244,65
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	25.435,00				25.435,00	-18.369,72	-1.413,06			-19.782,78	5.652,22	7.065,28
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.926,95				1.926,95	-845,70	-128,47			-974,17	952,78	1.081,25
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.434.334,90	408.967,55	-81.504,93	120.228,66	3.882.026,18	-1.430.807,67	-217.628,83		56.075,77	-1.592.360,73	2.289.665,45	2.003.527,23
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.906.713,20	572.714,57	-12.915,29		6.466.512,48	-4.986.954,06	-443.407,21		11.666,00	-5.418.695,27	1.047.817,21	919.759,14
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	18.474.074,91	8.785.660,00		-466.945,28	26.792.789,63						26.792.789,63	18.474.074,91
3 Finanzanlagen	16.464.848,71	-3.731,71			16.461.117,00						16.461.117,00	16.464.848,71
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	15.986.502,00				15.986.502,00						15.986.502,00	15.986.502,00
3.2 Beteiligungen	20.946,33				20.946,33						20.946,33	20.946,33
3.3 Sondervermögen												
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	356.875,27				356.875,27						356.875,27	356.875,27
3.5 Ausleihungen	100.525,11	-3.731,71			96.793,40						96.793,40	100.525,11
3.5.1 an verbundene Unternehmen												
3.5.2 an Beteiligungen												
3.5.3 an Sondervermögen												
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	100.525,11	-3.731,71			96.793,40						96.793,40	100.525,11



Fraktion ForsPark · Finkenweg 57 · 51503 Rösrath

Stadt Rösrath
– Die Bürgermeisterin –
Hauptstr. 229
51503 Rösrath

17.08.2023

Anfrage nach § 17 der Geschäftsordnung zur Beantwortung im Hauptausschuss
(öffentlicher Teil die Beantwortung der Fragen 1 und 2, und nicht öffentlich die 3.)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

im Hauptausschuss kam es letztes Mal zu dem Fall, dass Ihr Personalvorschlag kein Einvernehmen mit dem Ausschuss erzielte. Im Ausschuss selbst kam vom Unterzeichner die Frage, ob Sie die Bewerberin dennoch einstellen können.

Diese Frage wurde im Ausschuss mit „Ja“ beantwortet. Nach hier vertretener Auffassung ist das nicht der Fall.

Grds. ging unsere Fraktion von der Richtigkeit Ihrer Aussage aus und wollte beantragen, die Hauptsatzung dahingehend zu ändern, dass es bei Führungspersonal nicht mehr nur des „Einvernehmens“ des Rates bedarf, sondern dass dieser originär die Entscheidung trifft, um weitere Personaleskapaden Ihrerseits zu verhindern. Im Zuge dessen fiel auf, dass das schon jetzt der Fall ist.

Entgegen Ihrer Aussage im Hauptausschuss, hat nicht die Bürgermeisterin Einvernehmen mit dem Ausschuss bzw. Rat zu erzielen, sondern genau andersrum.

§ 73 Abs. 3 Satz 2 GO NRW sieht vor, dass die die Hauptsatzung bestimmen kann, *„dass für Bedienstete in Führungsfunktionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zur Gemeinde verändern, durch den Rat oder den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Bürgermeister zu treffen sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen.“*

Von eben dieser gesetzlichen Möglichkeit macht die Hauptsatzung in § 14 Gebrauch. Dieser lautet eng orientiert am gesetzlichen Wortlaut:

„Dienst- und arbeitsrechtliche Entscheidungen für Bedienstete in Führungspositionen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis des Bediensteten/der Bediensteten zur Stadt verändern, trifft der Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin. Bedienstete in Führungsfunktionen sind Leiter/Leiterinnen von Organisationseinheiten, die dem Hauptverwaltungsbeamten/der Hauptverwaltungsbeamtin oder einem anderen Wahlbeamten/einer anderen Wahlbeamtin oder diesem/dieser in der Führungsfunktion vergleichbaren Bediensteten unmittelbar unterstehen, mit Ausnahme von Bediensteten mit Aufgaben eines persönlichen Referenten/einer persönlichen Referentin oder Pressereferenten/Presse-referentinnen. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat mit 2/3-Mehrheit entscheiden. Kommt die 2/3-Mehrheit nicht zu Stande, bleibt es bei der Entscheidung durch den Bürgermeister/die Bürgermeisterin.“

Die Fachbereichsleiter der Stadt Rösrath sind demnach Bedienstete in Führungsfunktionen, die entweder der Bürgermeisterin oder den Beigeordneten unterstehen und eine Organisationseinheit leiten.

Mit „verändern“ sind auch die beamtenrechtlichen Ernennungen, Entlassungen, Zuruhesetzungen und der Abschluss, die Änderung, die Kündigung oder Aufhebung von Arbeitsverträgen gemeint. Vom Regelungsbereich des § 73 Abs. 3 Satz 2 GO sollen aber auch solche Personalentscheidungen erfasst sein, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis insoweit betreffen, als diese es „begründen“.

Danach hätte es nach dem gescheiterten Einvernehmen zu einer Abstimmung im Rat kommen müssen, um dort den 2/3 Beschluss herbeizuführen. Das hat die Verwaltung nicht initiiert.

Danach ergeben sich die folgenden Fragen:

1. Ist die Verwaltung/Bürgermeisterin nach dem hier dargelegten weiterhin der Meinung, dass sie Personalentscheidungen die Führungskräfte betreffend auch gegen den Ausschuss/Rat treffen kann?
2. Wieso ist es nach dem gescheiterten Einvernehmen nicht zu einer Abstimmung im Rat gekommen?

Und zur Beantwortung im nicht öffentlichen Teil:

3. Wie ist die Verwaltung mit dem besagten Bewerber im Anschluss umgegangen?



Yannick Steinbach
Fraktionsvorsitzender

Anfrage nach § 17 der Geschäftsordnung durch die Fraktion ForsPark

Beantwortung im öffentlichen bzw. nicht öffentlichen Teil

Mit Antrag vom 17.08.2023 übersendet der Fraktionsvorsitzende der Fraktion ForsPark einen Antrag zur Beantwortung im kommenden Hauptausschuss und bittet um Beantwortung der Fragen 1 und 2 im öffentlichen Teil sowie der Frage 3 im nicht öffentlichen Teil.

Die Fragen sind wie folgt zu beantworten:

Öffentlicher Teil

Frage 1:

Ist die Verwaltung/Bürgermeisterin nach dem hier dargelegten weiterhin der Meinung, dass sie Personalentscheidungen, die Führungskräfte betreffen auch gegen den Ausschuss/Rat treffen kann?

Antwort zur Frage 1:

Die Bürgermeisterin trifft die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen, gemäß § 73 Abs. 3 GO NRW, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass für Bedienstete in Führungsfunktionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines/einer Bediensteten zur Gemeinde verändern, durch den Rat oder den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Bürgermeister zu treffen sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dabei handelt es sich insbesondere um beamtenrechtliche Ernennungen, Entlassungen, Zuruhesetzungen und den Abschluss, die Änderung, die Kündigung oder die Aufhebung von Arbeitsverträgen.

Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen.

Trifft der Rat auch keine Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder, so ist wieder die Bürgermeisterin für die Entscheidung zuständig (vgl. § 73 Abs. 3 S. 5 GO NRW).

Sofern eine Versetzung weiterhin forciert würde, obwohl ein Einvernehmen im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht hergestellt werden konnte, wäre die Beratung im Stadtrat erforderlich.

Frage 2:

Wieso ist es nach dem gescheiterten Einvernehmen nicht zu einer Abstimmung im Rat gekommen?

Antwort zur Frage 2:

Auf den letzten Satz der Beantwortung zu Frage 1 wird verwiesen.

Anlage III zur Niederschrift

Von: Achim Müller
Gesendet: Donnerstag, 31. August 2023 17:13
An: Bürgermeisterin
Betreff: Verkehr auf der Bergischen Landstraße, Hoffnungsthal

Achim Müller
51503 Rösrath

Stadt Rösrath
zu Hd. Bürgermeisterin Bondina Schulze
51503 Rösrath

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schulze!

Der Straßenverkehr auf der Bergischen Landstraße zwischen Hoffnungsthal und Lehmbach hat in den letzten Monaten massiv zugenommen und wird es auch weiter bei höheren Bevölkerungszahlen tun.

Diese Strecke wird sehr stark von LKW, Schulbussen und der Linie 422 frequentiert, daher gibt es sehr viele Haltepunkte. Durch etliche auf der Straße parkende Fahrzeuge wird die Verkehrslage richtig unübersichtlich. Es gab einige Unfälle und ganz viele Beinahe - Unfälle.

Dieser Zustand ist für unsere Pänz sehr gefährlich und die Busfahrer kommen nun auch an Ihre Grenzen.

Daher müssen dringend alle auf der Fahrbahn parkende Fahrzeuge verschwinden!!!

Auf meinen damaligen Antrag hin wurde ein zeitliches Parkverbot im Berufsverkehr angeordnet. Dies war ein erster guter Anfang! Nun bitte ich Sie dieses Parkverbot auf den ganzen Tag auszudehnen.

Daher stellen sich für mich folgende Fragen:

- 1.) Wann kann dies geschehen?
- 2.) Wie viele Parkverstöße hat es in den letzten beiden Jahren gegeben?
- 3.) Wie ist die Überwachung der Bergischen Landstraße durch das Ordnungsamt?
- 4.) Wann gab es hier die letzte Verkehrszählung?
- 5.) Wann erfolgen die Brückenbauten in Hoffnungsthal und Lehmbach?
- 6.) Wie ist der Zeitplan der Brückenbauten?

Ich bitte Sie um die Beantwortung meiner Fragen in der nächsten Ratssitzung.

Freundliche Grüße
Achim Müller

Antwort zur Anfrage Achim Müller zur Ratssitzung am 25.09.2023

Herr Müller beantragt das Halteverbot an der Bergischen Landstraße auf den ganzen Tag auszudehnen.

1.) Wann kann dies geschehen?

Die Bergische Landstraße zählt als Landstraße (L284) zum klassifizierten Straßennetz neben Bundes- und Kreisstraßen und vervollständigt damit ein bundesweites Streckensystem neben den Bundesautobahnen. Auf Landstraßen findet überregionaler Verkehr sowohl in Art (LKW, Busse, PKW usw.) als auch in entsprechender Menge (DTV ab ca. 5.000/24h) statt. Landstraßen verbinden Kommunen und Städte miteinander und führen zumeist außerorts den überregionalen Verkehr landesweit. Landstraßen werden straßenbautechnisch entsprechend breit und belastbar hergestellt.

Es wurde mit Anordnung vom 02.12.2019 ein eingeschränktes Haltverbot im Bereich zwischen Hsnr. 103 (ehem. Buswendeanlage Lehmbach) und Hsnr. 55 (Einmündung In den Backeswiesen) angeordnet und durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW aufgebaut. Die Regelung ist werktags von 7-9 Uhr und 15-18 Uhr. Grund war, dass es im Berufsverkehr zu teils erheblichen Rückstaus kam und Busse und LKW keine ausreichenden Lücken zwischen den parkenden Fahrzeugen fanden, um an diesen vorbeifahren zu können. Insbesondere der Linienbus bzw. ÖPNV hatte dadurch teils sehr hohe Verspätungen, wodurch Anschlüsse an andere Buslinien aber auch die Bahn nicht mehr gegeben waren.

Mit Anordnung vom 05.07.2023 wurde das eingeschränkte HV von der Einmündung In den Backeswiesen bis zum Leibnizpark erweitert bzw. verlängert, da sich das Problem ebenfalls in diesem Bereich entwickelt hat. Die Stadtverwaltung hat somit bereits auf die Dauerparker reagiert. Die Beschilderung ist bereits durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW aufgebaut worden.

Ein absolutes Halteverbot ist aus Sicht der Stadt Rösrath, Kreispolizeibehörde und Straßen NRW jedoch nicht erforderlich. Angesicht der allen Verkehrsteilnehmern obliegenden Verpflichtungen, die allgemeinen und besonderen Verhaltensvorschriften der Straßenverkehrsordnung (StVO) eigenverantwortlich zu beachten, werden örtliche Anordnungen durch Verkehrszeichen nur dort getroffen, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend geboten ist. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Verkehrszeichen zur Abwehr einer Gefahrenlage unbedingt erforderlich ist sowie die allein in Betracht kommende Maßnahme darstellt. Eine ausufernde Beschilderung und die damit einhergehende Unübersichtlichkeit soll so verhindert werden.

In den Verwaltungsvorschriften (VwV) zu Verkehrszeichen 283 StVO (absolutes Haltverbot) ist angegeben, dass das Haltverbot nur in dem Umfang angeordnet werden darf, in dem die Verkehrssicherheit, die Flüssigkeit des Verkehrs oder der öffentliche Personennahverkehr es erfordert. Deshalb ist stets zu prüfen, ob eine tages- oder wochenzeitliche Beschränkung durch Zusatzzeichen anzuordnen ist.

Auf der Bergischen Landstraße werden von Seiten der Straßenverkehrsbehörde Rösrath derzeit keine besonderen Umstände gesehen, die ein durchgehendes absolutes Haltverbot zwingend erforderlich werden lassen. Mit der Einrichtung eines eingeschränkten Haltverbots, welches wochentags und uhrzeitlich noch beschränkt ist, wird den Belangen des fließenden Verkehrs (Flüssigkeit des Verkehrs zu Berufsverkehrszeiten) als auch des öffentlichen Personennahverkehrs ausreichend Rechnung getragen.

Anwohner, deren Besuch, aber auch Pflegedienste und Zusteller sollen jedoch weiterhin die Möglichkeit haben auf der Bergischen Landstraße parken bzw. anhalten zu können. Ruhender Verkehr dient auch in Teilen der Entschleunigung und trägt damit zur Verkehrssicherheit bei.

2.) Wie viele Parkverstöße hat es in den letzten beiden Jahren gegeben?

In den letzten beiden Jahren sind insgesamt 34 Verwarnungen ergangen (betrachtet wurde der Zeitraum v. 09/2021 bis 09/2023).

3.) Wie ist die Überwachung der Bergischen Landstraße durch das Ordnungsamt?

Die Mitarbeitenden des Außendienstes sind angehalten täglich zu den Zeiten des eingeschränkten Halteverbotes Kontrollen zu fahren.

4.) Wann gab es hier die letzte Verkehrszählung?

Die letzte durch die Stadt Rösrath durchgeführte Verkehrsmessung hat vom 24.11.2021 - 01.12.2021 bei Hsnr. 145 stattgefunden.

Die DTV betrug 6.447 Fahrzeugbewegungen / 24h und die V85 lag bei 51 km/h.

Zum Vergleich hier bisher alle weiteren Messungen:

- a) 30.11.2015 - 05.12.2015 im Bereich Hsnr. 73
DTV: 7.681 und V85: 54 km/h
- b) 09.12.2015 - 16.12.2015 im Bereich Hsnr. 36
DTV: 7.591 und V85: 50 km/h
- c) 31.01.2017 - 07.02.2017 im Bereich Hsnr. ggü. 18
- d) 22.09.2020 - 29.09.2020 im Bereich Hsnr. 83
DTV: 7.061 und V85: 49 km/h

5.) Wann erfolgen die Brückenbauten in Hoffnungsthal und Lehmbach?

Straßen NRW hat der Stadtverwaltung vor 3 Jahren erstmalig die Planung für den Ersatz der Brücken in Lehmbach, Hoffnungsthal und Menzlingen vorgestellt. Allerdings waren damals viele Fragen zu Eigentumsverhältnissen, Umleitungsverkehren, Wasserrechtlichen Auswirkungen etc. noch völlig offen. Auch wenn in den Folgejahren der eine oder andere Punkt geklärt werden konnte und auch die Hochwasser-problematik als wesentlicher Punkt mit in den Untersuchungsumfang aufgenommen wurde, bleiben nach wie vor Punkte ungeklärt.

Ende Juli diesen Jahres wurde der Verwaltung zusammen mit dem Aggerverband und der Unteren Wasserbehörde nun der letzte Stand der Planung mit dem Ergebnis präsentiert, dass die (bei Ersatzbauten) schon verminderten Anforderungen an Hochwasserpegel nicht eingehalten wurden. Daraufhin haben alle drei Behörden die Planung abgelehnt. Insofern muss die Planung jetzt wieder überarbeitet werden. Die am 4.9. geplante Präsentation im Rösrather Planungsausschuss wurde deshalb auch abgesagt.

Es ist aber Forderung der Stadt die Planung in einer öffentlichen Sitzung/Veranstaltung der Politik und Bürgerschaft vorzustellen, weil sie über einen längeren Zeitraum markante Auswirkungen für Rösrath haben wird.

Ein aktualisierter Zeitplan ist der Stadt nicht bekannt. Es ist anzunehmen, dass selbst Straßen NRW hierzu keine Angaben machen wird.

6.) Wie ist der Zeitplan der Brückenbauten?

Angesichts der ungelösten Fragen (s.o.) ist ein zeitnaher Abriss und Neubau nicht zu erwarten. Ein aktualisierter Zeitplan ist der Stadt nicht bekannt. Es ist anzunehmen, dass selbst Straßen NRW hierzu keine Angaben machen kann / wird.

Gerhard Kupich, Ratsmitglied

Anfrage zur Ratssitzung vom 25. 09. 2023

Öffentlicher Teil

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
kann es sein, dass den Mitgliedern der Jugendhilfeaus-
schusses und auch Ihnen als Anwesende in der Sitzung am
Donnerstag voriger Woche die Wahrheit über den zu diesem
Zeitpunkt vorhandenen Sachstand zur Perspektive der
„K.O.T.“ in Forsbach vorenthalten wurde ?**

**Meine diesbezügliche Anfrage beantworteten Sie, es hätten
noch keine Gespräche mit der Evangelischen Kirche zu
diesem Thema stattgefunden. Daher gebe es auch noch
nichts zu berichten.**

**Meine anschließenden Recherchen ergaben jedoch, dass zu
diesem Zeitpunkt die Kündigungen zum Januar 2024 an die
Eltern der an der Übermittagsbetreuung teilnehmenden
Kinder bereits zugestellt waren.**

**Außerdem hat eine der beiden Mitarbeiterinnen zum
1. Januar 2024 gekündigt, was praktisch bedeutet, dass
bereits im Dezember nur noch ½ Fachkraft (wegen
Resturlaubs der Kündigenden) zur Verfügung stehen wird.
Welche Folgen dies für die ÜMI sowie die anderen Angebote
der K.O.T. haben kann, lässt sich bereits erahnen.**

**Der Internet-Seite der Evangelischen Kirche ist bisher zu
entnehmen: „Das Angebot der K.O.T. und Übermittags-
betreuung endet spätestens zum Ende des Jahres 2024.**

-1-

Der Planungsausschuss wird dazu umgehend das Gespräch mit der Stadt Rösrath suchen. Dabei soll angesprochen werden, wie die Versorgung der betroffenen Kinder zukünftig in städtischer Verantwortung erfolgen kann.“

Die soeben geschilderte Entwicklung macht jedoch klar, dass dafür nicht mehr das Jahr 2024 abgewartet werden kann. Es besteht aus meiner Sicht dringender Handlungsbedarf !

Ich möchte hier ausdrücklich mein Befremden darüber ausdrücken, dass die Ausschussvorsitzende in ihrer Funktion als Teil des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe den Ausschuss nicht schon in der Sitzung vom 17. August über die Absichten der Evangelischen Kirche informierte, obwohl danach gefragt wurde.

Die Berichterstattung in der Presse kann dies nicht ersetzen.

Auch am vorigen Donnerstag äußerte sie sich nicht dazu, obwohl davon auszugehen ist, dass ihr der neueste Wissensstand aus ihrer Funktion als Finanzkirchmeisterin detailliert bekannt sein musste.


(Gerhard Kupich)

Rösrath, den 25. Sept. 2023

Anfrage nach § 17 der Geschäftsordnung durch Ratsmitglied Gerhard Kupich

Die Anfrage wurde in der Ratssitzung verlesen. Um eine zufriedenstellende Antwort zu erhalten, ist dieses Thema aufzuarbeiten und mit der betroffenen Ausschussvorsitzenden abzustimmen. Die Antwort wird daher im nächsten Jugendhilfeausschuss erteilt.